

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Gebr. Kersch, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangolohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Eingelassener 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisegehe
40 Proz. Rabatt. Für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 66

Dresden, Freitag den 19. März 1926

37. Jahrg.

Das republikanische Votum

Der flottenbegeisterte Reichstag

Von E. Persius, Kapitän zur See a. D.

Die Gesamtziffer der Eintragungen zum Volksbegehren liegt noch nicht vor. Das gültige Resultat dürfte nicht vor Sonnabend früh zu erwarten sein. Bisher sind nur die Ergebnisse aus 125 Städten errechnet. Von den etwa 15 Millionen Wahlberechtigten in diesen Städten haben sieben Millionen von dem Recht der Eintragung Gebrauch gemacht. Das entspricht einer durchschnittlichen Beteiligung von etwa 45 Prozent. Es fehlen noch die Ergebnisse aus den Landbezirken.

Für die gesamte sozialdemokratische Presse feiert das Ergebnis als eine gewaltige Niederlage der deutschen Fürstentümer. Der Vorwärts schreibt:

Nach diesem Volksurteil gilt es für die bürgerlichen Parteien, sich einen Heberdick auf der Suche nach dem Sieg des Volksbegehrens anzuwenden. Das gilt vor allem für die bürgerlichen Mittelparteien, deren Wert sich zu einem sehr großen Prozentsatz in den Städten am Reichsausschuss beteiligt haben. Jetzt gilt es für das Parlament als geschickte Manöverkunst, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen. Heute werden die Beratungen des Reichsausschusses des Reichstages über die Fürstentümer wieder aufgenommen. Das neue Fürstentümerkompromiß der Regierungsparteien steht abermals zur Diskussion.

Trotzdem dies Kompromiß noch eine Reihe von Bestimmungen enthält, die eine Lösung der Frage der Fürstentümerfindung auf einem Wege bedingen, den die Teilnehmer am Volksbegehren verworfen, haben die Regierungsparteien nach vor einer Woche die Mühe merken lassen, dies neue Kompromiß noch zu verschleiern. Hinter dem Volksbegehren und hinter der Reichsausschuss des Reichstages, die auf das Volksbegehren folgt, kommt der Reichsausschuss. Wenn das Parlament, trotz dem ausgesprochenen Willen von vielen Millionen des deutschen Volkes, die wie ruhig urteilende bürgerliche Zeitungen feststellen, nachher nicht den schließlichen Teil des Volkes darstellt, trotzdem hier auf den Wahlen beharrt, die der rechts-mittleren Zusammenfassung des Deutschen Reichstages entsprechen, so würde es einen sehr ersten Konfliktfall schaffen.

Auch in der bürgerlichen Presse zeigt sich der starke Einbruch, den der Ausgang der ersten Schlacht allgemein gemacht hat. Die von den führenden Berliner Blättern in den letzten Tagen zu der Fürstentümerfindung eingenommene Haltung spielte sich nun beim Eintreffen der Einzelergebnisse wieder. Die demokratischen Blätter begrüßen das vorläufige Resultat des Volksbegehrens, das sie allerdings nur indirekt unterstützt hatten, mit großer Bestürzung. So hat die Vossische Zeitung fest, daß allein 20 deutsche Kreise die genügt hätten, um die für den Erfolg des Volksbegehrens notwendigen 4 Millionen Stimmen aufzubringen. Die der Deutschen Volkspartei nahestehenden Blätter, die tägliche Rundschau und die Deutsche Allgemeine Zeitung, schweigen das bisherige Ergebnis des Volksbegehrens völlig tot, ebenso wie das Agrarierblatt,

die Deutsche Tageszeitung. Die Kreuzzeitung aber läßt eine wütende Schimpfanrede auf die "Juden und Judengassen" los, die dem "internationalen Kapitalismus huldigen aus Haß gegen Tradition und gebundenen Besitz". Nach Auffassung der Kreuzzeitung hat das Volksbegehren selbstverständlich eine "unbezweifelbare Niederlage" erlitten; denn wenn das Gesamtergebnis wirklich 8 Millionen Stimmen erreicht haben sollte, so wären nicht einmal die zur Reichspräsidentenwahl von den Sozialdemokraten und den Kommunisten aufgebracht 9 1/2 Millionen Stimmen erreicht. Nach der Kreuzzeitung ist der "Einbruch in die Wählerfront der bürgerlichen Parteien" immer noch nicht gestillt. Am Freitagmorgen gar hat sich das Junterblatt in der Ver-zweigung zu folgender Illusion gestürzt:

Der monarchische Gedanke lebt. Er lebt trotz Sozialdemokratie und Kommunismus. Denn die, die sich für die monarchische Entscheidung und Einleitung der Fürstentümer eingesezt haben, sind in erster Linie zu Haß und Verachtung aufgeschreckte Anhänger des roten Zukunftsstaates gewesen. Der monarchisch und rechtlich denkende Teil des deutschen Volkes bleibt davon unberührt und will ebenfalls nichts davon wissen. Der monarchische Gedanke marschiert mit dieser Sache Arm in Arm.

Wir wünschen dem monarchischen Gedanken, daß er so weiter marschieren möge.

Eigentlich ist die Richtung, die das Ergebnis des Volksbegehrens auf die Zentrums-Presse ausgeübt hat, so gesteht die Germania betroffen ein, die Resultate der Einzeichnung seien ein untrüglicher Beweis dafür, daß über die sozialdemokratisch-kommunistischen Wähler hinaus aus allen sozialen Schichten, vor allem aus dem Kleinbürgerium und weitaus auch aus der katholischen Arbeiterklasse, sich große Massen an der Stimmgabe beteiligt hätten. Die Welle des Volksbegehrens habe keineswegs vor den Reihen des Zentrums haltgemacht. Dies bestätigt ein seit vielen Jahren in der Bewegung stehender prominenter Zentrumsmann durch eine Zuschrift an die Germania, in der es heißt, daß die Zentrums-Wähler, und zwar nicht die schlechtesten, die Haltung der Sozialisten, und vor allem der Zentrums-Presse, einfach nicht begreifen konnten. Es sei traurig, daß sich ein Volk im 20. Jahrhundert selbst sein Recht suchen müsse, verlassen von seinen eigenen Führern, die sich ganz offensichtlich zu den Fürsten geschlagen hätten.

Diese im Hauptorgan des Zentrums wiedergegebene Stimme, der man Zugende ähnlicher Stimmen aus der Presse im Reich zur Seite stellen könnte, ist der beste Beweis dafür, daß die im Volksbegehren zum Ausdruck kommende Idee auch in den Kreisen des Kleinbürgeriums und der christlichen Arbeiterklasse Wurzel geschlagen hat.

Einige Tage noch, dann wird die dritte Lesung des Reichsmarinerechts vor sich gehen. Gehten wir uns seinen falschen Hoffnungen hin! Das Resultat wird sein: rund 200 Millionen Mark werden die deutschen Steuerzahler für ihr Spielzeug, die Kriegsslotte, opfern müssen. Bei der zweiten Lesung nur waren fast alle Bemühungen, Ersparnisse beim Marinerecht zu erreichen, vergeblich. Der Abgeordnete Kuhn (Soz.) hatte sich mit anerkanntem Eifer und großer Sachkenntnis gegen die maßlosen Forderungen des Reichswehrministers eingesetzt. Aber gegen die harte Front der vom Tirpitz-Geist veränderten Demokraten und Zentrumskräfte — nicht zu reden von den ganz Reaktionsären — kämpfte er einen aussichtslosen Kampf. Nur ein völlig anders zusammengesetzter Reichstag — den uns eine baldige Zukunft beschere möge! — kann hier Wandel schaffen, wird auszuräumen haben mit der irrigen Verschwendungssucht die zur Zeit in der Kriegsslotte herrscht. Ist nicht für jeden halbwegs seiner Sinne Wärtigen schier unvorstellbar, daß heute, da die Not der arbeitenden Bevölkerung, der Kriegsverletzten, der Kriegervitwen und -waisen, der Wohnungslosen, der Auslandsdeutschen, der bis zum letzten Pfennig enteigneten Kleinrentner zum Himmel schreit, eine Volksvertretung 200 Millionen für einen Luxusgegenstand bewilligen kann, wie ihn die Marine darstellt?

Ist es übertrieben, wenn man von unserer Kriegsslotte als von einem "Luxusgegenstand" spricht? Der Vertrag von Versailles gestattet uns nur ganz kleine, unmoderne Schiffe in Dienst zu halten, die keinerlei Gefechtswert haben. So ist z. B. das Höchstdeplacement für Panzerschiffe auf 10 000 Tonnen normiert. Unterseeboote, in heutiger Zeit die Hauptwaffe jeder Flotte zur See, dürfen wir überhaupt nicht besitzen. Englische Panzerschiffe verdrängen 40 000 Tonnen und sind armiert mit neun 40,6-Zentimeter-Geschützen. Unsere Panzerschiffe tragen nur vier 28-Zentimeter-Kanonen. Auch der Laie wird erkennen, daß ein deutsches Schiff mit seiner schwachen Armierung usw. nie gegen ein englisches fechten kann. Die andern in Betracht kommenden Flotten verfügen über ähnliche Panzerschiffe, wie sie Großbritannien jetzt besitzt. Meinerseits verhält es sich mit unsern Kreuzern und Torpedobooten. Sie können nie wagen, gegen fremde Kreuzer oder Torpedobooten aufzutreten. Demzufolge bedeutet der Bau von kleinen Schiffen eine Geldvergeudung, und es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man unsere Flotte einen Luxusgegenstand nennt.

Trotzdem die Seeschlacht von Jutland liegt, von keinem objektiv urteilenden Sachmann bestritten werden kann, findet sich die überwiegende Mehrheit unserer Volksvertreter bereit, das Geld für die Herstellung der viel zu kleinen und somit gänzlich wertlosen Schiffe zu bewilligen. Wie ist das möglich? Kurz und offen gesagt, weil der Reichswehrminister in den Händen der Seeoffiziere Wachs ist, der Offiziere, die selbstverständlich auf ihr gutes Avancement u. a. m. Bedacht nehmen. Daß das auszusprechen keine Übertreibung ist, ergibt sich aus dem stetig von Jahr zu Jahr anschwellenden Ansprüchen an Admirale und andern hohen Offiziersstellen, die von der Leitung der Reichsmarine gestellt wurden, und die weiter leider auch vom Reichstag genehmigt wurden. Der Appetit kommt beim Essen! Das wird ersichtlich, wenn man sich die Listen der Marinerechts der letzten Jahre vergegenwärtigt. Jedermann sollte sie sich einprägen! 1924 haben wir für unsere alten paar Schiffe und ihre Besatzung 112,3 Millionen Mark aus, 1925 = 155,9, und 1926 sind es nun 208,3. Für Schiffneubauten lauten die Daten: 1924 = 7,75, 1925 = 33,3 und 1926 = 54,1 Millionen Mark.

Geradezu aufreizend wirkt ein Blick auf den Personal-etat. 15 000 Köpfe darf die Kriegsmarine — gemäß dem Vertrag von Versailles — in ihrem Dienst halten. Im Etat finden sich nicht weniger als die Gehälter von 11 Admiralen! (10 Seeoffiziere und 1 Ingenieur.) Es kommt immerhin also bei uns 11 Admirale 14 989 Marineangehörige, beziehungsweise kommt auf jedes unserer Schiffe etwa ein Admiral. Da ist Deutschland allerdings wieder einmal "in der Welt voran". Vergleichen Sie selbst die Kriegsslotte von Jutland nicht 831 Marineoffiziere beziehen nach dem Etat 1926 Gehalt. Das heißt, wir haben jetzt viermal soviel Offiziere in der Flotte als 1914 — im Verhältnis zur Kopfzahl der Mannschaften — (2907 damals), als es auch schon weit mehr waren, als sonst in irgendeiner Marine zu finden waren. Ferner ist der neue Etat mit Unteroffizieren recht stattlich versehen. Es werden 3735 Unteroffiziere 9335 Matrosen oder Seiger Kommandieren. Also kommt ein Unteroffizier auf noch nicht drei Mann und ein Offizier auf knapp 12 Mann. Das Heer der Beamten im Bereich der Marineverwaltung ist in einer grotesk anmutenden Form angeschwollen. Die preussische Landesverwaltung kommt, um ein Beispiel herauszugreifen, bei 75 000 Polizeibeamten mit 16 Ministerialräten aus, die Reichsmarine braucht in ihrer Zentralverwaltung allein 25! (Bei 15 000 Kopfstärke der ganzen Marine!)

Die Art des Kampfes gegen die sachlichen, unbestreitbaren Ausführungen des Abgeordneten Kuhn von Seiten des völkerverfeindlichen Admirals Briningshaus und des Herrn Trebitz (Zentrum) zu bezeichnen, fehlt der parlamentarische Ausdruck. Briningshaus äußerte unter andern, die politische und die russische Flotte müßten von uns als äußerst bedrohliche Faktoren aufgefaßt werden. Die amtliche (H)

Briands Verständigungspolitik gebilligt

Gewaltige Kammermehrheit für Briand, für Locarnopakt und Völkerbund — Die Sozialisten führen die Regierung — Niederlage der nationalistischen Gemeinheit

P. Paris, 18. März. (Eig. Draht.)

Das neunte Ministerium Briand hat sich am Donnerstag dem Parlament vorgestellt. Die Situation ist besonders kompliziert und schwierig. Die Lage der französischen Staatsfinanzen wird immer trüber und droht das gesamte Staats- und Wirtschaftsgebäude zu erschüttern. Die extremen Strömungen gewinnen an Macht. Die Kommunisten und die Faschisten fühlen sich gestärkt und suchen die Gunst des Volkes zu gewinnen. Auf außenpolitischem Gebiete hat der erfolglose Ausgang der Genfer Tagung der Friedenspolitik Briand einen schweren Schlag versetzt, und seine nationalistischen Gegner reden von neuem das Haupt. In diesen schwierigen Situationen nimmt die

Angriffe der Rechten verteidigte, etliche er einen Ohnmachtsanfall und mußte hinausgetragen werden. Es kam zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, so daß die Sozialdemokraten eine Reihe bildeten, um ein Handgemenge zu verhindern. Nach einiger Zeit erholte sich Walbo wieder. Briand ergriff noch einmal das Wort. Die Kammer sowohl wie Pomarcé hätten die Redebereitschaft ausgesprochen, daß Walbo schuldlos sei. Unter ungeheurem Beifall der Linken schloß Briand: "Wenn man vernünftige Gemeinheiten sieht, so erfährt einen für immer ein Welt der Politik."

Das Vertrauensvotum

Als es zur Abstimmung kam, erklärte Leon Tlum, daß die Sozialisten sich angesichts der Angriffe der Reaktion gegen Walbo nicht der Stimme enthalten, sondern für die Regierung stimmen werden. Das Vertrauensvotum für die neue Regierung wurde mit 361 gegen 164 Stimmen angenommen. Es hat folgenden Wortlaut: "Die Kammer ist entschlossen, eine Politik internationalen Friedens, der Steuerberechtigung und der Finanzgesundheit zu unterstützen. Sie vertraut auf die Regierung, daß sie in kürzester Zeit das Budget ins Gleichgewicht bringt, die Verordnungen und die von den Demokraten erwartete Sozialgesetzgebung verabschiedet, und geht zur Tagesordnung über."

Umsatzsteuerermäßigung am 1. April

In der Steuerreform des Reichstages teilte am Donnerstag die Regierung mit, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 8,8 Prozent mit dem 1. April in Kraft treten soll. Mit dem gleichen Tage soll die Einkommensteuer aufgehoben werden. Von deutsch-nationaler Seite wurde eine Senkung der Einkommensteuer, der Vermögens- und Erbschaftsteuer sowie der Realsteuer beantragt und eine Ermäßigung der Hauszinssteuer angefordert. Reichsfinanzminister Dr. Reinkold lehnte diese über den Vorschlag der Reichsregierung hinausgehenden Steuererleichterungen ab; auch eine Senkung der Wein- und Biersteuer komme nicht in Frage.

Stel vor dem Treiben der Rechten

P. Paris, 19. März. (Eig. Draht.) Als sich in der sehr warmen Aussprache der neue Innenminister Walbo gegen die